

Kiel, 7. März 2012

Nr. 083/2012

Olaf Schulze:

Rostfässer bestätigen Notwendigkeit des Atomausstiegs

Zur heutigen Information über korrodierte Atommüllfässer im AKW Brunsbüttel durch Minister Schmalfuß erklärt der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Olaf Schulze:

Die Entdeckung von korrodierten Stahlblechfässern in einer unterirdischen Kaverne im Atomkraftwerk Brunsbüttel bestätigt, dass auch die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie gefährlich ist. Und zwar auch noch lange nach der eigentlichen Stromproduktion; deshalb bleibt sie ein hohes Risiko auch für nachfolgende Generationen.

Auch wenn in Brunsbüttel keine Radioaktivität ausgetreten ist und die Atomaufsicht nach Entdeckung dieser Fässer sofort Maßnahmen ergriffen hat, die die Gefahr austretender Radioaktivität minimieren sollen, bleibt wie nach den zahllosen anderen Störfällen ein ungutes Gefühl.

Vor allem stellen sich zwei Fragen: Warum hat der Betreiber Vattenfall es nicht für nötig befunden, nach allen Beteuerungen über bessere Kommunikation und Information, dieses doch nicht gerade harmlose Ereignis unverzüglich der Atomaufsicht zu melden? Dieses Verhalten zeigt erneut, wie wenig Vattenfall für den Betrieb eines AKWs geeignet ist. Transparenz sieht anders aus.

Aber warum wird die Öffentlichkeit von der Atomaufsicht erst zwei Monate nach Entdeckung des Vorfalls – und dann in einer Hals über Kopf einberufenen Pressekonferenz – informiert? Dies hätte – samt der Information über die vom Betreiber eingeforderten Maßnahmen – deutlich früher passieren sollen.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Für uns bestätigt sich erneut: Es war richtig, dass die SPD seit den 80er Jahren auf die Gefahren der Atomenergie hingewiesen und den Ausstieg nach der Regierungsübernahme im Bund im Jahr 2000 endlich auf den Weg gebracht hat.

Es zeigt sich, dass wir uns mit dem Erbe einer falschen Energiepolitik, die viel zu lange auf Atomenergie setzte, noch lange werden befassen müssen.

Wir werden die Energiewende nachdrücklich vorantreiben und eine Rückkehr zur Atomenergie nicht zulassen. Und wir werden uns für präzisere und strengere Sicherheitsvorschriften und ihre Kontrolle für den Restbetrieb, die Stilllegung und die Lagerung von Atommüll einsetzen.